



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Dezember 1990

Horst Ehmke:

Gegen Vermieterwillkür in Bonn

Die staatliche Einheit Deutschlands ist erreicht. Jetzt ist auch die wirtschaftliche und soziale Einheit zu verwirklichen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß auch im Westen des Landes ein soziales Problem entstanden ist, daß dringend gelöst werden muß. Betroffen sind nicht nur diejenigen, die eine Wohnung suchen. Der Mieterverein berichtet von einer Welle von Mieterhöhungen und Kündigungen gerade bei uns in Bonn.



Noch Ende 1988 hat der damalige Wohnungsbauminister Oscar Schneider der SPD vorgeworfen, sie entwerfe in punkto Wohnraumangel Horrorgemälde und sagte wörtlich: "Die Wohnungsversorgung war qualitativ und quantitativ noch nie so gut!"

Seine eigene Ablösung als Wohnungsbauminister macht deutlich, welche Versäumnisse auf das Konto der Bundesregierung gehen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde eingestellt und man vertrat insgesamt die Auffassung, daß drastisch höhere Mieten schon von allein dafür sorgen würden, daß wieder Wohnungen gebaut werden. Die erste Hälfte dieses Programms wurde verwirklicht: Die Mieten sind drastisch gestiegen. Ein bedarfsgerechter Wohnungsbau ist jedoch nicht verwirklicht worden.

Eine an den gesellschaftlichen Realitäten orientierte Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus tut not. Wie gering die Anstrengungen des Bundes derzeit sind, verdeutlichen die folgenden Zahlen: Der Bund gibt im laufenden Jahr ca. 2 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau aus, allein das sozialdemokratisch regierte Nordrhein-Westfalen gibt in diesem Bereich 2,5 Milliarden DM aus. Neben einer dringend notwendigen Erweiterung des Wohnungsbestandes kommt aber auch die Verbesserung des Mietrechts nicht weiter. Die CDU versteckt sich hinter der F.D.P., die sich als knallharte Interessenlobby der Vermieter versteht.

Die SPD hält folgende Maßnahmen für erforderlich: Zur Bremsung des Mietanstiegs muß die gesetzlich festgelegte Obergrenze für Mietpreissteigerungen innerhalb eines Dreijahreszeitraumes von 30 % auf 15 % gesenkt werden. Bei den Vergleichsmieten sollen nicht mehr die letzten drei, sondern die letzten zehn Jahre als Vergleichsmaßstab herangezogen werden.

Der Kündigungsschutz muß im Sinne einer Abwehr von Vermieterwillkür verbessert werden. Dies gilt insbesondere für die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Durch eine Verlängerung der Kündigungssperrfrist auf zehn Jahre müssen Spekulationen verhindert werden.

Doch nicht nur auf Bundesebene macht die CDU wohnungspolitische Fehler.

Fortsetzung auf Seite 2



Übrigens:

Bitte ohne Gift

Gute Beispiele machen selten Schule. Doch in Eendenich ist es jetzt doch einmal geschehen. Nachdem die SPD seit Jahren mit ihrem ROTKEHLCHEN den Eendenicher Bürgerinnen und Bürgern Informationen liefert, die natürlich, wenn es um Politik geht, sozialdemokratische Standpunkte wiedergibt, ist jetzt auch die CDU in Eendenich (mit Jahren Verspätung) mit einem Blättchen zur Stelle.

Das halbe DIN-A-4-Format heißt "Eendenich aktuell"

und wir begrüßen das Nachbarblatt herzlich. Es stört uns nicht, daß die CDU nun auch noch in dieser Form mitteilt, wie sie die Dinge sieht. Wir finden das gut. Das gehört zu unserem demokratischen Staat und auch in der Politik belebt Wettbewerb das Geschäft und sorgt für Klarheit.

Aber einen Wunsch möchten wir dem jungen Blatt an die Wiege legen: Bitte verzichtet auf Giftspritzen. Unter Nachbarn tut das nicht gut. Im Garten nicht. Und auch nicht im "Blätterwald" der Parteien.

Dem neuen Blatt ist ein solcher böser Ausrutscher bereits unterlaufen. Wir verbuchen es unter Jugendsünde und glauben an die Einsichtsfähigkeit unserer Freundinnen und Freunde vom hohen C.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1: Wohnungsnot

Beim Wohnungsamt der Stadt Bonn sind fast 5000 Haushalte als wohnungssuchend gemeldet. Davon haben nur die 1700 Haushalte, deren Wohnungsnot in der Dringlichkeitsstufe 1 eingestuft wurde, überhaupt eine Chance, eine Wohnung zu bekommen.

Das von der Stadtverwaltung und der Ratsmehrheit verschuldete Fehlen eines Mietspiegels hat in Bonn zu den höchsten Mieten in ganz Nordrhein-Westfalen geführt. Die Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt müssen der Weigerung des Haus- und Grundbesitzervereins, einen Mietspiegel zu erstellen, endlich ihren eigenen Beschluß entgegenstellen. Ich fordere CDU und F.D.P. im Rat der Stadt Bonn auf, endlich die notwendigen Schritte für die Erstellung eines Mietspiegels einzuleiten.

Am Schluß noch ein Wort zur Zukunft von Bonn. Ich bin der Auffassung, daß möglichst bald entschieden werden soll, daß Bonn Parlaments- und Regierungssitz bleibt. Die augenblickliche Unsicherheit hat mit dazu beigetragen, daß sich gerade Wohnungsbauinvestoren in Bonn zurückgehalten haben. Klare Aussagen sind daher gefordert.

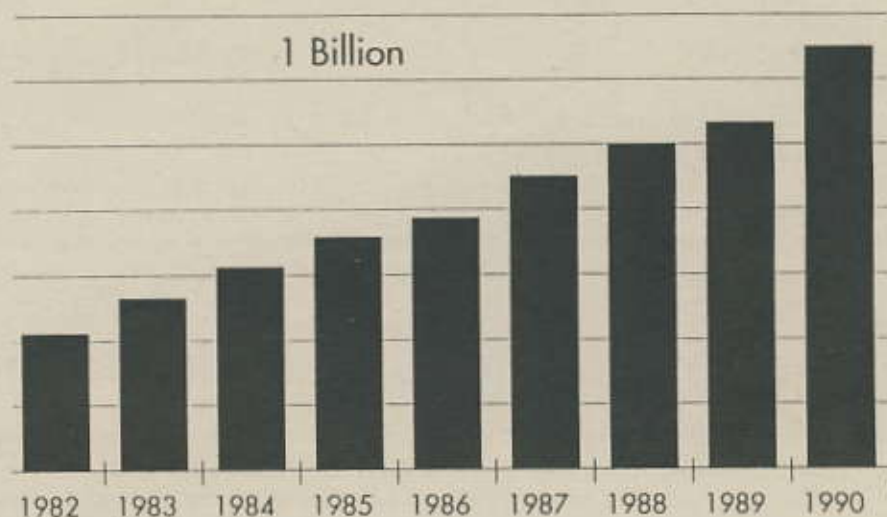
Horst Ehmke

Voller Erfolg der Endenicher Geflügelschau

Freude herrschte beim 1. Vorsitzenden des Rassegeflügel-, Tauben- und Vogelzüchtervereins Hans Weber über das rege Interesse an der Geflügelschau am 27/28 Oktober. Bürgermeister Dieter Witte zog es gleich mehrfach mit Familie in die "Harmonie". Mit rund 190 Tieren wurde den Endenichern ein interessanter Einblick in die Geflügel- und Vogelzucht geboten. Gleichzeitig sollte mit dieser Ausstellung auch für dieses Hobby gewonnen werden, das bei uns auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Gehen die Anfänge doch bis in das Jahr 1852 zurück.

Sorge bereitet aber heutzutage dem Verein die Raumfrage. Dringend notwendig auch hier endlich geeignete Räumlichkeiten für Vereinsaktivitäten in Endenich zu schaffen.

Kohls Marsch in den Schuldenstaat



Fortsetzung von Seite 1: Bitte ohne Gift

Was ist geschehen? In der jüngsten Ausgabe versucht ein unbekannter Autor eine tolle Lüge zu landen. Er will die bis zum vorigen Herbst in der damaligen DDR verbotene SPD zum Erfüllungsgehilfen der SED umfälschen. Einziges Beweismittel: Die 1946 erzwungene Vereinigung zwischen KPD und SPD und einige Namen, die sich gegen die Mehrheit der SPD gestellt hatten.

Es ist klar, was das soll. Es soll davon ablenken, daß die CDU in der DDR und andere sogenannte Blockparteien als Partner der SED 40 Jahre lang gar nicht so schlecht über die Runden gekommen sind. Wir brauchen nicht zu vergessen, daß Lothar de Maiziere neben dem SED-Mann Hans Modrow der letzte nicht frei gewählte Ministerpräsident der DDR war. Und drei teure Wahlkämpfe konnten die Blockparteien auch führen, ohne an Geld denken zu müssen, denn sie hatten aus ihren Betrieben und Zeitungen wie auch von Staats wegen genug davon. Die SPD hatte nicht dergleichen.

Dieser Geschichtsfälschung in "Endenich aktuell" widersprechen die nachprüfbaren Fakten: Nach der von der sowjetischen Besatzungsmacht erzwungenen Vereinigung, der in West-Berlin 82 Prozent der SPD-Mitglieder widersprochen hatten, flüchteten tausende Frauen und Männer, weil sie wegen ihrer sozialdemokratischen Haltung verfolgt wurden. 5000 wurden verhaftet und durch Fernurteile sowjetischer Militärgerichte zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Mindestens 20000 wurden gemäßregelt und eingesperrt. "Sozialdemokratismus" war in der DDR bis in die letzten Monate des vergangenen Jahres ein Straftatbestand. Der Beitrag in besagtem Blättchen wollte die Opfer zu Tätern machen. Eigentlich wäre eine Entschuldigung angebracht.

Tempo 30 in Endenich-Süd

Der planungsmäßige Umbau an der Dohmstraße ist fertiggestellt.

Im Zuge der Einrichtung von Tempo 30 Zonen wird voraussichtlich schon 1991 mit der Beruhigung der Dohmstraße sowie der weiteren Seitenstraßen des Flodelingsweges begonnen.

Insbesondere die Einmündungen sollen durch Einengungen und Aufpflasterungen entschärft werden.

Viktoriatunnel umstritten

Gegen die Stimmen der SPD und Die Grünen wurde in der Bezirksvertretung der Vorlage der Verwaltung zum Bau des Viktoriatunnels zugestimmt.

Es wurde wiederholt von CDU und Verwaltung darauf hingewiesen, daß durch den Tunnel die Viktoriabrücke und die Bornheimerstraße spürbar entlastet würden. Für die SPD stellt sich jedoch viel dringender die Frage nach Entlastung der Endenicher Straße. Da hier der Verkehr enorm zunehmen wird, wurde diese Vorlage vehement abgelehnt.

Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark

Regierungsprogramm für ein modernes Deutschland

Die deutsche Teilung ist überwunden - was zusammengehört, hat zusammengefunden. Aber, jetzt geht es um die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse - erst dann ist Deutschland wirklich vereint.

Auch darf uns die Freude über die Wiedervereinigung nicht die sozialen Probleme und die große Zukunftsaufgabe Umwelt vergessen lassen. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut im Alter, die Umweltzerstörung sind noch drängender geworden. Deshalb haben diese Fragen einen zentralen Stellenwert im SPD-Regierungsprogramm.

ÖKOLOGISCHER UMBAU

Die Umweltprobleme brennen uns allen auf den Nägeln. Zunehmende Luftverschmutzung, Allergien, Klimakatastrophe, Belastung von Lebensmitteln und Trinkwasser mit Schadstoffen, wachsende Müllberge sind nur einige der Probleme.

Die Lösung der Umweltprobleme muß bei den Schadensverursachern ansetzen. Deshalb wollen wir den Energieverbrauch besteuern. Wir wollen gleichzeitig diejenigen belohnen, die mit Energie sparsam umgehen. Dazu wollen wir höhere Grundfreibeträge bei der Lohn- und Einkommenssteuer bzw. einen Ausgleich für Nichtsteuerzahler einführen. Nicht mehr zu verantworten ist die Nutzung der Kernenergie, dies hat uns die Katastrophe von Tschernobyl vor Augen geführt.

Die Mülllawine wollen wir durch Abgaben auf Sondermüll und problematische Verpackungen stoppen und diese Gelder in den Umweltschutz investieren. Gefährliche Stoffe wie FCKWs sind völlig zu verbieten.

Dringend erforderlich ist eine Umkehr in der Verkehrspolitik. So muß der Staat die Kosten für das Schienennetz übernehmen, damit die Bundesbahn nicht weiter gegenüber dem Straßenverkehr benachteiligt ist. Der Katalysator muß bis spätestens 1992 Pflicht werden. In der Landwirtschaft muß eine Wende hin zu weniger intensivem Ackerbau und naturnaher Tierhaltung erfolgen.

FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die deutsche Einheit darf uns nicht blind machen für die sozialen Probleme bei uns - mit Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot an erster Stelle. Die Kosten der Einheit dürfen nicht einseitig zu Lasten der Bevölkerung gehen.

Arbeitszeitverkürzungen sind ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslose muß der Staat einen Arbeits-

platz anbieten.

Die Wohnungsnot wollen wir durch den Bau von mehr Sozialwohnungen bekämpfen, aber auch die private Bautätigkeit fördern. Ein soziales Mietrecht muß vor übermäßigen Mietpreissteigerungen schützen.

Das Kindergeld wollen wir auf mindestens 200 DM für jedes Kind erhöhen. Für kinderreiche Familien ab dem 4. Kind kommt ein Familienzuschlag von 100 DM dazu.

Das soziale Netz muß gesichert werden. Hierzu zählen eine Grundsicherung bei Alter und Invalidität sowie eine gesetzliche Pflegeversicherung für alle. Wir wollen eine Gesundheitsreform, bei der alle - auch Pharma-Industrie und Ärzte - ihren Beitrag leisten: deshalb muß die Blümsche Gesundheitsreform dort rückgängig gemacht werden, wo einseitig die Patienten zur Kasse gebeten werden.

Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit durch höhere Grundfreibeträge für niedrige Einkommen, durch Wiedereinführung des Weihnachtsfreibetrags. Die geplanten Steuersenkungen für Spitzenverdiener und Großunternehmen lehnen wir ab.

Das Regierungsprogramm und weitere Informationen erhalten Sie bei unseren Informationsständen.

Endenicher Radparty

Uns Endenich, uns Endenich, uns Endenicher Frauen, das ist ne tolle Wucht, sie sind keck anzuschauen.

Sie spachteln gern, sie heben gern, es ist ne wahre Lust, da hilft auch keine Radpartie, man sieht es an Po, Bauch und Brust.

Sie machen eine Radpartie über unser Waldeshöh, ich durfte auch mal mit ihnen fahren, ach war das wunderschön. Erst schnauften wir den Kreuzberg rauf, durchs Dorf gings geradeaus, vierzehn Frauen fuhren hinterdrein, den Autos wars ein Graus.

Dann ging es in den Wald hinein, wir fuhren kreuz und quer, wir blieben an der Ecke stehen, wir fanden den Weg nicht mehr. Die Betty hat eine Karte mit, das war doch sehr gescheit, sie fand den Weg und auch das Jägerhaus, es war gar nicht mehr weit.

Am Rastplatz ging die Gaudi los, ich kam aus dem Staunen nicht raus, die En-



denicher Frauen sind doch gar zu famos. Sie lachten und sie sangen viel, zu futtern gabs zu Hauf. Sie dachten auch an das Trimm-Dich-Spiel mit Springseil und Eierlauf.

Und dann, dann wurde ich aufgeklärt - wozu der Kochtopf war, den Christl auf dem Rade hat mit Pappkarton, na ja. Ich dachte an eine Erbsensupp, doch was kam

dann hinein? Es war eine tolle Erdbeerbowle, oh jegerl, war das fein.

Und als es wieder heimwärts ging, die Wege waren nun viel zu schmal, erschallt der Wald von Jubelhall. Und dann ging es ins Tal. In Ippendorf man noch ein Bierchen trank, in Endenich wartete schon der Karl-Heinz. So eine Radpartie mit Schwänzchen ist doch gar was feins.

Fahrpreiserhöhungen- nein danke

Die Fahrpreise für Bus und Bahn sollen 1991 wieder erhöht werden. Die Bonner SPD lehnt das strikt ab. Dazu Bürgermeister Dieter Witte: "Fahrpreiserhöhungen sind das falsche Signal für die Mehrbenutzung von Bus und Bahn".

Angesichts der rasant ansteigenden Zulassungszahlen neuer Pkws muß der öffentliche Personennahverkehr durch Fahrpreissenkungen diesem Trend entgegenwirken. Die Chance, die preiswerte Benutzung von Bus und Bahn der gegenwärtigen Kostenentwicklung der Benzinpreise entgegenzusetzen, muß genutzt werden. Die Fahrpreise in Bonn mit relativ kurzen Fahrstrecken sind schon jetzt zu hoch. Die vorgesehene Fahrpreiserhöhung in Bonn (Verkehrsverbund Rhein-Sieg) ist um so unverständlicher als zum gleichen Zeitpunkt der Rhein-Ruhr-Verkehrsverbund (der größte Verkehrsverbund in der Bundesrepublik) erstmalig eine bis zu 30%-ige Fahrpreissenkung bei bestimmten Fahrkarten einführen wird.

Hier geht ein Verkehrsunternehmen einen fortschrittlichen Weg. Für den ÖPNV

durch großzügige Fahrpreissenkungen.

Die Spirale "ständig steigende Fahrpreise- ständig abnehmende Fahrgastzahlen" wird entschieden zugunsten des Prinzips "Mehr Wirtschaftlichkeit durch mehr Fahrgäste".

Zum ÖPNV gibt es wirtschaftlich und umweltpolitisch keine Alternative. Jede Mark, die heute bei Bus und Bahn gespart wird, muß künftig für die Beseitigung der Umweltschäden drei- und vierfach ausgegeben werden. Die Bonner SPD fordert daher:

- Sofortige Fahrpreissenkungen wie im Rhein-Ruhr-Verkehrsverbund
- Einführung eines einheitlichen Tarifsystems
- Wiedereinführung einer Großzone für ganz Bonn

Kulturelle Vielfalt sichern

Dies ist das Leitprinzip der SPD-Fraktion bei den z.Z. stattfindenden Haushaltsberatungen.

Nachdem die hitzigen Diskussionen um die Ablösung des Generalintendanten der Oper überstanden und die bittere Pille des Wechsels des Schauspielintendanten Eschberg nach Frankfurt geschluckt ist, gilt es, das kulturpolitische Konzept der Bonner SPD finanzpolitisch zu sichern: Weg von der "Star-Oper", Förderung von Ensemblebildung und Nachwuchssängern, gesunde Mischung von klassischem und modernem Theater. Besonders aber: Förderung von kleinen und mittleren Kultur-Institutionen, die die Vielfalt und Lebendigkeit der Bonner Kulturszene zeigen.

In den Haushaltsberatungen dieses Jahres wird die SPD insbesondere fordern:

- Für die nichtstädtische Kultur- und Theaterarbeit Steigerung der Zuschüsse!
 - Kulturinstitutionen wie Frauenmuseum, Brotfabrik, der Verein Bonner Rockmusiker sollen durch die von ihnen beantragten Zuschüsse in die Lage versetzt werden, kontinuierlich weiterzuarbeiten
 - Die Stadtbücherei, seit Jahren Stiefkind der Ratsmehrheit, soll eine kräftige Erhöhung ihres Anschaffungsetats erhalten
 - Für die Musikschule sollen in den kommenden vier Jahren 39 Stellen geschaffen werden, die sie unbedingt braucht, um Lehrkräfte an die Bonner Musikschule zu binden. Damit soll der Unterricht qualitativ noch besser gestaltet werden.
- "Bonn - eine große und lebendige Kulturwerkstatt". Das ist das kulturpolitische Ziel der SPD.

CDU forciert Bebauung des Meßdorfer Feldes

Nicht schnell genug kann es der CDU gehen mit der Bebauung des Meßdorfer Feldes. Im Stadtplanungsausschuß beantragte sie mit der F.D.P. im Schlepptau, daß die Verwaltung umgehend einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Bundesbahn, Schmittgasser Kirchweg und Altem Heerweg aufzustellen.

CDU und F.D.P. stellen sich damit nicht nur gegen den Willen vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie ignorieren auch die Ergebnisse des erst kürzlich erstellten Klimagutachtens, das von einer Bebauung des Meßdorfer Feldes abrät. Nicht zu vergessen, daß CDU und F.D.P. immer wieder angeben, sie seien für die Freihaltung des Feldes - um sich dann zum Beispiel im vorliegenden Fall damit herauszureden, dieser Teil gehöre nicht dazu. Jeglicher Kommentar erübrigt sich.

Profitables Schlachthofroulette

Blicken wir zurück auf den Beginn der 80-iger Jahre. Zu diesem Zeitpunkt erhielt Herr Groß, Begründer der Groß GmbH, das gesamte Schlachthofgelände zu Sonderkonditionen in Erbpacht. Und dieses- sage und schreibe bis in das Jahr 2042.

Die Einräumung des Erbbaurechts erfolgte unter dem Aspekt zu finanziellen Sonderkonditionen, daß Herr Groß verpflichtet blieb, den Schlachthofbetrieb aufrecht zu erhalten und diesen Fleischmarkt auf modernstem Stand nach EG-Recht zu unterhalten.

Wer die Gegend kennt, sieht, daß Herr Groß alles andere getan hat, als dies zu verwirklichen. Vielmehr eröffnete er eine Markthalle und vernachlässigte den Schlachthof mit der Folge, daß er zum 1. Juni den dort schlachtenden Metzgereien mitteilte, er beabsichtige den Schlachthofbetrieb ganz einzustellen. Seine bisherigen Kunden verwies er auf den Kölner Schlachthof. Statt dessen vermarktet er jetzt seine Pachtflächen an andere Handelsunternehmen zu profitablen Pachtpreisen. Die SPD wird dem nicht tatenlos zusehen, sondern sich für den Erhalt eines funktionierenden Schlachthofes einsetzen. Aus diesem Grund hat sie deshalb mit anderen Parteien gefordert, den Schlachthofbetrieb wieder in die Hände der Stadt zu übergeben.



Erscheinungsweise:
Viermal jährlich; Auflage: 7.000

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Haak (verantwortl.)
Eva-Günther-Berger, Gisela Haas,
Horst-Rainer Kunz

Anschrift: Rotkehlchen c/o Klaus Haak
Josef-Schell-Str. 17, 5300 Bonn 1